

Mehrwert der EU-Programme für die Schweiz – Effekte der eingeschränkten Beteiligung 2021–2024

Studie im Auftrag von scienceindustries
Zürich, 14. Mai 2025

barbara
hæring

Dr. Dr. h. c. Barbara Haering
RA Vera Leimgruber, MLaw

In Zusammenarbeit mit

 **strategos**

Sandra Wirth, lic. oec. HSG
(VWL), MPA Harvard

**Die vollständige Studie
finden Sie hier**



Copyright

Alle Inhalte dieser Studie, insbesondere Texte und Grafiken, sind urheberrechtlich geschützt. Das Urheberrecht liegt bei scienceindustries. Die Studie darf mit Quellenangabe zitiert werden («Quelle: scienceindustries»).

Copyright © 2025 by scienceindustries. Alle Rechte vorbehalten.
Zürich, 14. Mai 2025

Dank

Diese Studie wurde im Auftrag von scienceindustries verfasst und von der Novartis International AG finanziert. Wir danken der breit abgestützten Begleitgruppe, zusammengesetzt aus Industrieverbänden, Unternehmen der Innovationswirtschaft sowie Organisationen der Schweizer Wissenschafts- und Innovationslandschaft für ihre Unterstützung. Ebenso danken wir Dr. Nicole Pohl (www.plainwords-translations.ch) und Dr. Katharina Brandenberger (Urbane Logistik Expertise | innologistics) für ihre weiterführenden Hinweise und für ihr kritisches Mitdenken.

Begleitgruppe (Unterstützer der Studie)

economiesuisse, F. Hoffmann-La Roche, Givaudan, Johnson & Johnson, Novartis, Sika, Swiss Chemical Society SCS, Swiss Medtech, Swiss Startup Association SSA, Swissmem, Swico

EU-Forschungsprogramme: Schlüssel zur Schweizer Innovationskraft



Die Schweiz gehört zu den innovativsten Ländern der Welt. Doch Innovation gedeiht nicht im Alleingang – sie braucht den internationalen Austausch, exzellente Forschung und starke Partnerschaften. Die vorliegende Studie zeigt eindrücklich auf, welche zentrale Rolle die Forschungsprogramme der Europäischen Union für die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Schweizer Wirtschaft spielen.

Nach Jahren der Unsicherheit ist die Schweiz ab 2025 wieder Teil von Horizon Europe und weiteren Forschungs- und Innovationsprogrammen der EU. Dies ist ein wichtiger erster Schritt, doch die langfristige Assoziierung bleibt unsicher. Denn: Die nachhaltige Verankerung unserer Beteiligung hängt massgeblich von der Ratifikation der Bilateralen III ab.

Gerade junge Forschende und KMU waren von den vergangenen Einschränkungen betroffen. Ihre Innovationskraft wurde durch die fehlende vollständige Assoziierung an Horizon Europe ausgebremst – eine Situation, die sich nicht wiederholen darf.

In einer Welt im Wandel darf sich die Schweiz nicht isolieren. Internationale Partnerschaften sind keine Option, sondern eine Notwendigkeit – für unsere Innovationskraft, unsere Wettbewerbsfähigkeit und unseren Platz in Europa. Wer jetzt zögert, verliert den Anschluss. Wer handelt, sichert die Zukunft.

Wir setzen uns entschieden für stabile und langfristig tragfähige Beziehungen mit der EU ein. Unsere Mitgliedsunternehmen sind auf einen exzellenten Innovationsstandort Schweiz angewiesen. Hierzu gehört der offene Zugang zu internationalen Forschungsnetzwerken und Talenten.

Nun liegt es an der Politik, die Weichen für eine nachhaltige Lösung zu stellen. Die Schweiz muss ihre Position als international führende Innovationsnation sichern. Eine stabile und vertraglich geregelte Beziehung zur EU ist dafür unabdingbar. Die Bilateralen III bieten die Chance, die Forschungszusammenarbeit langfristig zu institutionalisieren – eine Chance, die wir nutzen müssen.

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'M. Leuenberger'. The signature is fluid and cursive.

Dr. Matthias Leuenberger
Präsident scienceindustries

Executive Summary

Die von scienceindustries in Auftrag gegebene und von Dr. Dr. h.c. Barbara Haering und lic. oec. Sandra Wirth verfasste Studie untersucht, welchen Mehrwert die Forschungsprogramme der Europäischen Union (EU) für die Schweiz kreieren und welche Effekte die eingeschränkte Beteiligung der Schweiz zwischen 2021 und 2024 hatte.

Die eingehende Analyse und die systematische Auswertung einer Vielzahl von Experteninterviews belegen den klaren Mehrwert der EU-Forschungsprogramme für die Schweizer Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Übergangs- und Ergänzungsfinanzierungen der Schweiz konnten kurzfristig wirtschaftliche Verwerfungen abfedern. Dennoch führte die eingeschränkte Assoziierung zwischen 2021 und 2024 zu einem systemischen Verlust an Einfluss und Wettbewerbsfähigkeit.

Die RHOMOLO-Simulation, das Modell zur Abschätzung der Auswirkungen politischer Massnahmen der Europäischen Kommission, zeigt, dass die EU-Forschungsprogramme bis zu 0.17% (bezogen auf 2020) des BIP in der EU erwirken. Der stärkste BIP-Schub dürfte zwischen ca. 2027 und 2035 erfolgen.

Die makroökonomischen Simulationen der EU, das der Studie zugrunde liegende Wirkungsmodell und die Schätzungen des schweizerischen Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (2019) unterstreichen, dass sich die negativen Effekte der eingeschränkten Beteiligung der Schweiz an den EU-Programmen auf die Wettbewerbsfähigkeit der wissensbasierten Industrie insgesamt niederschlagen.

Die Schweiz, respektive die Vertretung ihrer Interessen, wurde auf der gesamten Wertschöpfungskette von Forschung, Innovation, Marktgestaltung und Regulierung geschwächt. Und das in einer Zeit, in der globale Herausforderungen, wie der Klimawandel oder Sicherheitsfragen, nicht mehr im nationalen Kontext gelöst werden können.

Besonders betroffen waren junge Forscherinnen und Forscher, Studierende sowie kleine und mittelgrosse Betriebe in Hightech-Branchen. Gerade diese Zielgruppen der EU-Programme sind für die Zukunft der Schweiz relevant.

Es bestehen für Forscherinnen und Forscher sowie für Unternehmen weiterhin Planungs- und Rechtsunsicherheiten bezüglich einer Beteiligung an EU-Programmen. Das wirkt sich insbesondere mit Blick auf Projekteingaben von Unternehmen negativ aus. Durch den Ausschluss der Schweiz von zentralen Hightech-Bereichen wie Quantum, Halbleiter, Space oder Cyber werden beide Seiten behindert.

Die Studienautorinnen kommen zum Schluss: Nur eine langfristige, gesicherte Vollassoziierung sichert den Innovationsstandort Schweiz – und stärkt zugleich die technologische Souveränität Europas.

Bildung, Forschung und Innovation – Grundlagen unserer Zukunft.

Bildung, Forschung und Innovation schlagen den Bogen von der grundlegenden Erkenntnissuche und der Vermittlung des neuen Wissens an die junge Generation über Innovationen in Unternehmen bis hin zur Vermarktung neuer Produkte und Prozesse auf internationalen Märkten. Dies schafft Arbeitsplätze und Wohlstand und unterstützt Lösungen für globale Herausforderungen wie den Klimawandel, knappe Ressourcen und ihre sozialen Folgen. Bildung, Forschung und Innovation sind heute international vernetzt; die Forschungs- und Innovationsprogramme sowie die Mobilitätsprogramme der Europäischen Union (EU), kurz «EU-Programme», sind dabei zentral.

Horizon Europe ist mit 95.5 Milliarden Euro das grösste Forschungsprogramm weltweit. Es basiert auf den drei Pfeilern «Wissenschaftsexzellenz», «Innovatives Europa» sowie «Globale Herausforderungen und industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas». **Erasmus+** ist das weltweit wichtigste Instrument zur Bildungszusammenarbeit; es fördert mit 26.2 Milliarden Euro die allgemeine und berufliche Bildung sowie Jugend und Sport in Europa. **Digital Europe** stärkt die digitalen Kapazitäten in Europa; das Programm unterstützt das Hochleistungsrechnen, künstliche Intelligenz, Cybersicherheit, Halbleitertechnologien sowie die Nutzung digitaler Technologien in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Schweiz aussen vor

Von Juli 2021 bis Ende 2024 befand sich die Schweiz allerdings im innovationspolitischen Alleingang. Als Konsequenz des Verhandlungsabbruchs zu einem institutionellen Rahmenabkommen beschloss die EU den weitgehenden Ausschluss der Schweiz aus den EU-Programmen.

Welche Fragen beantwortet diese Studie?

Das Ziel der vorliegenden Studie besteht darin, spezifische Mehrwerte der EU-Programme für die Schweiz zu eruieren sowie Effekte der eingeschränkten Beteiligung 2021–2024 zu erheben und zu plausibilisieren. Die Fragen dazu wurden anhand von Dokumenten- und Datenanalysen, vertiefenden Interviews sowie mikro- und makroökonomischen Abschätzungen beantwortet. Der Austausch umfasste 46 Expertinnen und Experten – mit einem Fokus auf wissensbasierte Unternehmen. Zudem blickten wir nach Österreich, das die EU-Programme gezielt zur Modernisierung seiner Wissens- und Innovationslandschaft nutzt, sowie nach Grossbritannien, das nach dem Austritt aus der Europäischen Union (Brexit) ebenfalls mit einer eingeschränkten Beteiligung an den EU-Programmen konfrontiert war, sich nun aber wieder einen (fast) vollständigen Zugang sichern konnte.

EU-Programme sind im internationalen Wettbewerb der Wissenschaft zentral.

Die Erhebungen zeigten, dass die Hochschulen der Schweiz ihre Attraktivität trotz eingeschränkter Beteiligung an den EU-Programmen aufrechterhalten konnten – zumindest vorläufig. Etablierte Forschungsgruppen sind in globalen Partnerschaften verankert und konnten ihre Netzwerke weiter pflegen. Dazu trugen die langjährig aufgebaute Exzellenz von Bildung und Forschung in der Schweiz, die gute Ausstattung der Professuren sowie das hohe Niveau der Forschungsinfrastrukturen bei. Zentral waren die vom Bund bereitgestellte Übergangs- und Ergänzungsfinanzierungen. Indes: Junge Forscherinnen und Forscher sowie Studierende spürten die Einschränkungen der letzten Jahre deutlich.

Geld kann nicht alles kaufen

Die Übergangs- und Ergänzungsfinanzierungen waren als Überbrückungsmassnahmen hilfreich; sie waren jedoch nicht in der Lage, den internationalen Wettbewerb der Forschung zu ersetzen. Ebenso blieben Forscherinnen und Forscher aus der Schweiz von Leitungsfunktionen in Verbundprojekten ausgeschlossen. Damit wurden Vernetzung und Reputation der Forschung in der Schweiz deutlich geschwächt. Besonders eingeschränkt wurden junge Forscherinnen und Forscher: Eine ganze Generation wurde bei ihrem Einstieg in die internationale Forschung massiv beeinträchtigt. Es wurde ihnen die Chance verwehrt, sich in internationalen Forschungsnetzwerken mit Führungsaufgaben zu profilieren und zu etablieren. Auch konnten sie die vom Bund bereitgestellten Übergangs- und Ergänzungsfinanzierungen weniger gut nutzen, da sie noch nicht über die Bekanntheit verfügten, um vom Ausland angefragt zu werden. Auch sind Forscherinnen und Forscher aus der Schweiz samt ERC Grant an eine EU-Universität umgezogen oder haben sich aus dem Ausland nicht für eine Schweizer Hochschule entschieden. Eingeschränkt wurde zudem die internationale Mobilität der Studierenden. Dies schränkt nicht nur künftige akademische Karrieren ein, sondern ebenso Berufsentwicklungen in der Privatwirtschaft. Auch regional verankerte KMU bauen mittlerweile auf die internationale Erfahrung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – wie Vertreterinnen und Vertreter universitärer Hochschulen und von Fachhochschulen unterstrichen. Schweizer Hochschulen wären zudem nicht mehr in der Lage, exzellente Studierende anzuziehen, wenn sie keine Beteiligung an EU-Programmen anbieten könnten.

Der Wiedereinstieg der Schweiz in die EU-Programme muss unterstützt werden

Das institutionelle Gedächtnis geht schnell verloren. Insbesondere der Einstieg junger Forscherinnen und Forscher in die EU-Programme muss von den Hochschulen unterstützt werden.

Die EU-Programme bieten wichtige Mehrwerte für innovative Unternehmen.

Der Zugang zu den EU-Programmen ist ein wichtiger Faktor für den Erfolg eines wissensbasierten Unternehmens. Die Ergebnisse unserer Erhebungen zeigen, dass die Mehrwerte der EU-Programme für Unternehmen je nach Reife und Grösse der Unternehmen unterschiedlich sind. Durch die eingeschränkte Beteiligung der Schweiz an den EU-Programmen wurden Unternehmen in ihrer Entwicklung gebremst.

Spin-offs und Start-ups haben spezifische Herausforderungen

Spin-offs basieren auf einer Innovation, die sie an ihrer Hochschule erforscht und entwickelt haben. In der Regel führen sie diese Kooperation auch nach ihrer Ausgründung weiter. Dies ist zumindest so lange der Fall, als sich ihre Produktentwicklung von der Forschung an der Hochschule nährt – so im Bereich der Deep Technologies¹. Spin-offs haben damit ein Interesse, in der Nähe ihrer Hochschule zu bleiben. Es geht in dieser frühen Phase der Firmenentwicklung indes noch nicht um neue Innovations- und Entwicklungszyklen, die Unternehmen sind mit dem Aufbau von Strukturen und Prozessen, der Produktion und dem Marketing sowie der Finanzierung beschäftigt. Die eingeschränkte Beteiligung der Schweiz an EU-Forschungsprojekten war für den Start der Unternehmen deshalb wenig problematisch. Jedoch: Spin-offs und Start-ups sind für ihr Wachstum («scale-up») an der Förderung durch das EIC-Accelerator-Programm interessiert; sie messen dieser Förderung teilweise zentrale Bedeutung für ihre Entwicklung bei. Auch wächst in dieser ersten Wachstumsphase die Bedeutung einer internationalen Visibilität mit Blick auf private Investitionen.

KMU profitieren am meisten von den EU-Programmen

Hochspezialisierte, exportorientierte KMU, die vor einer nächsten Produkt- oder Prozessinnovation stehen, profitieren am meisten von den EU-Programmen. Die Programme verschaffen den regional verankerten Unternehmen Zugang zu Forschung sowie zu internationalen Innovationspartnerschaften und Märkten. Wissensbasierte KMU arbeiten in der Regel in spezialisierten Nischen und sind mit ihren Hightech-Produkten Zulieferer für innovative Industrien im In- und vor allem Ausland: Dies kann die sogenannten «DeepTech»-Bereiche betreffen wie auch spezialisierte Diagnoseverfahren in sehr praxisorientierten Industrien, wie Abwasserreinigung. Diese mittelständischen Firmen sind auf Märkte im Ausland angewiesen. Über EU-Forschungsprojekte gelang es vielen KMU, ihre Kompetenzfelder zu erweitern, neue Produkte zu entwickeln und ebenso ihre Märkte auszuweiten. Sie erhielten

¹ Als Deep Technologies (DeepTech) bezeichnet man Erfindungen und Lösungen, die auf wissenschaftlicher Forschung und technischer Expertise basieren. DeepTech-Start-ups entwickeln ihre Produkte zumeist für den B2B-Sektor. Somit richten sich nicht direkt an die klassischen Endverbraucher, sondern an gewerbliche Kunden.

Zugang zu internationalen Wertschöpfungsketten. Hochspezialisierte KMU nutzen zudem die Plattformen der EU zur Einflussnahme auf EU-Regulierungen in ihren spezifischen Bereichen – und damit zur Erreichung wirtschaftlicher Vorteile für die Schweiz. Die Bedeutung der EU-Programme für die KMU zeigt sich auch statistisch. In der Tat entfiel fast ein Viertel der Beträge des vorangegangenen Forschungsprogramms (Horizon 2020) auf die Privatwirtschaft: 8.7 Prozent auf Industrie mit grösseren Unternehmen und 15.4 Prozent auf KMU. Zudem gelang es den KMU, über Forschungsprojekte der EU firmenintern Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Forschungsarbeiten anzustellen. Gleichzeitig sind mittelständische Unternehmen mit ihrer regionalen Verflechtung nur beschränkt in der Lage, Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in die Europäische Union auszulagern, sie haben dazu die kritische Grösse nicht. Zudem errichtete die EU eine neue Hürde, indem es nicht ausreicht, eine Niederlassung einer Schweizer Firma im Ausland zu gründen – die Firma muss im Ausland Forschung und Entwicklung betreiben und zudem von einem Management mit EU-Pass geführt werden. Wissensbasierte KMU ziehen aus den EU-Programmen also spezifischen Mehrwert. Sie waren von der eingeschränkten Beteiligung der Schweiz an den EU-Programmen am stärksten negativ betroffen – stärker als Hochschulen, Spin-offs, Start-ups oder grosse Firmen.

Fallbeispiel ID Quantique

ID Quantique ist ein Unternehmen mit rund hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, das sich auf Quantentechnologielösungen für Cybersicherheit und wissenschaftliche Forschung spezialisiert hat. Seine Schwerpunkte umfassen Quantenschlüsselverteilung, Quantenzufallszahlengeneratoren und die Quantenforschung. Im letzteren Bereich unterstützt das Unternehmen die Entwicklung quantenphotonischer Komponenten für das zukünftige Quanteninternet. Mit Büros und Entwicklungslaboren auf der ganzen Welt (Boston/USA, Seoul/SK und Genf) bedient es Kundinnen und Kunden in über 60 Ländern auf allen Kontinenten. ID Quantique wurde 2001 von vier Wissenschaftlern als Spin-off der Universität Genf gegründet und arbeitet weiterhin eng mit der Universität Genf zusammen. Bezeichnend dafür ist, dass ID Quantique zusammen mit der Universität, mit Mt. Pelerin² und den Services Industriels de Genève von der EU für das Forschungsprojekt Open Quantum Key Distribution (OPENQKD) ausgewählt wurde. Das von der EU mit 15 Mio. EUR geförderte Projekt OPENQKD zielt darauf ab, auf dem Kontinent Kommunikationsnetzinfrastrukturen mit einem eingebauten Quantenelement, der sogenannten Quantenschlüsselverteilung, zu schaffen und zu testen.

² Mt Pelerin ist eine Schweizer Kryptowährungsplattform, die Dienstleistungen wie Krypto-Handel, eine digitale Wallet und Tokenisierung anbietet. Sie ermöglicht es Privatpersonen und Unternehmen, einfach und sicher mit Kryptowährungen und digitalen Vermögenswerten umzugehen. www.mtpelerin.com

Probleme aufgrund des eingeschränkten Zugangs zu EU-Programmen

ID Quantique spürte die Auswirkungen der eingeschränkten Beteiligung der Schweiz an den EU-Programmen auf drei Ebenen. Erstens verlor die Firma die Finanzierung für ein bis zwei Mitarbeiter resp. Mitarbeiterinnen, die an langfristigen Forschungs- und Entwicklungsprojekten arbeiteten. Diese Anstellungen konnten über Schweizer Instrumente nicht finanziert werden. Zweitens wurde die Einflussnahme bei der Ausgestaltung von Forschungsprogrammen und auch bei der Politikentwicklung der Generaldirektion der EU-Kommission, DG Connect³, gekappt, welche für ID Quantique als führendes Unternehmen auf seinem Gebiet wichtig war. Dies wird nun von der wachsenden Konkurrenz wahrgenommen. Und drittens erleichterten die EU-Programme den Zugang zu öffentlichen Märkten in EU-Ländern; dieser Zugang konnte während des Abseitsstehens kaum hergestellt werden. Was ID Quantique in der Schweiz hält, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Netzwerke, die mit der Universität Genf, der EPFL und mit Fachhochschulen bestehen.

Grosse Firmen nutzen Talentpool, Forschung und Interessensvertretung

Auch grosse Unternehmen nutzen die EU-Programme zur Weiterentwicklung ihrer Produkte und Prozesse. Es geht dabei um konkrete Innovationsprojekte mit ausländischen Partnern aus der Wissenschaft und aus der Wirtschaft sowie um die Einbindung in internationale Wissens- und Wertschöpfungsketten. Auch sie spürten den eingeschränkten Zugang der Schweiz zu den EU-Programmen und die reduzierten Möglichkeiten der Beteiligung an Forschungsprojekten. Sie wurden zudem teilweise abgeschnitten vom internationalen Netzwerk der Talente, was sich auf die Rekrutierung ihres international hochstehenden und spezialisierten Nachwuchses negativ auswirkte. Über Niederlassungen in anderen Ländern fanden sie teilweise weiter Zugang zu Forschungsprojekten der EU-Programme. Allerdings liessen sich so keine Projektaktivitäten in die Schweiz bringen, weder die Finanzmittel noch die Forscherinnen und Forscher. Grössere Unternehmen unterstrichen zudem die Bedeutung des Ökosystems kleinerer Firmen rund um sie herum. Diese kleineren Firmen seien insbesondere für High-Risk-Innovationen auch auf öffentliche Fördermittel angewiesen. Überdies erklärten sie, dass sich durch die eingeschränkte Beteiligung der Schweiz an den EU-Programmen ihre Netzwerke und die Einflussnahme der Schweizer Unternehmen auf die Forschungs- und Innovationspolitik der EU und darüber hinaus auf regulatorische Bereiche der EU reduziert habe. In manchen Arbeitsgruppen der EU seien sie nicht mehr präsent. Im Gegenzug nehme die Konkurrenz aus der EU nun diese Positionen ein – womit sich eine doppelte Schwächung der Interessensvertretung für Schweizer Unternehmen ergebe, so mehrere Gesprächspartner.

³ DG Connect spielt eine zentrale Rolle in der Quanteninitiative der EU, indem es die Entwicklung und Umsetzung von Richtlinien für Quantentechnologien leitet. Es koordiniert wichtige Projekte wie die Europäische Quantenkommunikationsinfrastruktur (EuroQCI) und unterstützt die Forschung und Entwicklung in diesem Bereich durch Programme wie Digital Europe und Horizon Europe.

Fallbeispiel Casale

Casale ist ein 1912 gegründetes Unternehmen mit rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, das nachhaltige Lösungen für die chemische Industrie anbietet, insbesondere in den Bereichen Wasserstoff- und Ammoniakproduktion. Seine Dienstleistungen umfassen die Modernisierung bestehender Anlagen und den Bau neuer Anlagen, bei denen die Dekarbonisierung und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen im Vordergrund stehen. Wenn es um die Entwicklung und um wissenschaftliche Projekte mit niedrigem Technologie-Reifegrad geht, ist es Casale wichtig, externe Mittel in Anspruch zu nehmen und mit Universitäten zusammenzuarbeiten. Casale hat bereits an EU-finanzierten Projekten teilgenommen, so im Rahmen des Modernisierungsfonds, welcher Mitgliedsstaaten bei der Erreichung ihrer Energieziele 2030 unterstützt. Ein zentrales Projekt war ein Vertrag mit der tschechischen BorsodChem, die Nachhaltigkeit in der chemischen Industrie unterstützt, für den Bau einer Salpetersäureanlage.

Probleme aufgrund des eingeschränkten Zugangs zu EU-Programmen

Casale braucht multilaterale Netzwerke und Sichtbarkeit, um Partner zur Umsetzung seiner Technologie zu finden; es sei einfacher, Pilot- und Demonstrationsprojekte in der EU zu starten. Die jüngst von der Schweiz abgeschlossenen bilateralen Abkommen (Japan, USA, UK) seien indes wenig hilfreich, insbesondere für ein Tessiner Unternehmen, das aufgrund seiner geographischen Lage auf eine multilaterale Zusammenarbeit angewiesen ist. Zudem sei es für Casale wichtig, in Brüssel mit am Tisch zu sitzen, um bei Dekarbonisierungsstrategien und -vorschriften mitreden zu können. Casale startete eine Niederlassung in Prag, deren Ausbau auf Kosten des Hauptsitzes und insbesondere der dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen würde. Insgesamt ist die Geschäftsleitung des Unternehmens der Ansicht, dass es auf dem internationalen Markt nicht mehr die gleichen Wettbewerbsbedingungen wie ihre internationale Konkurrenz hat.

Nachstehende Abbildung illustriert die unterschiedliche Bedeutung der EU-Programme für Unternehmen – je nach Entwicklungsstufe.

Unterschiedliche Mehrwerte der EU-Programme je nach Entwicklungsphase

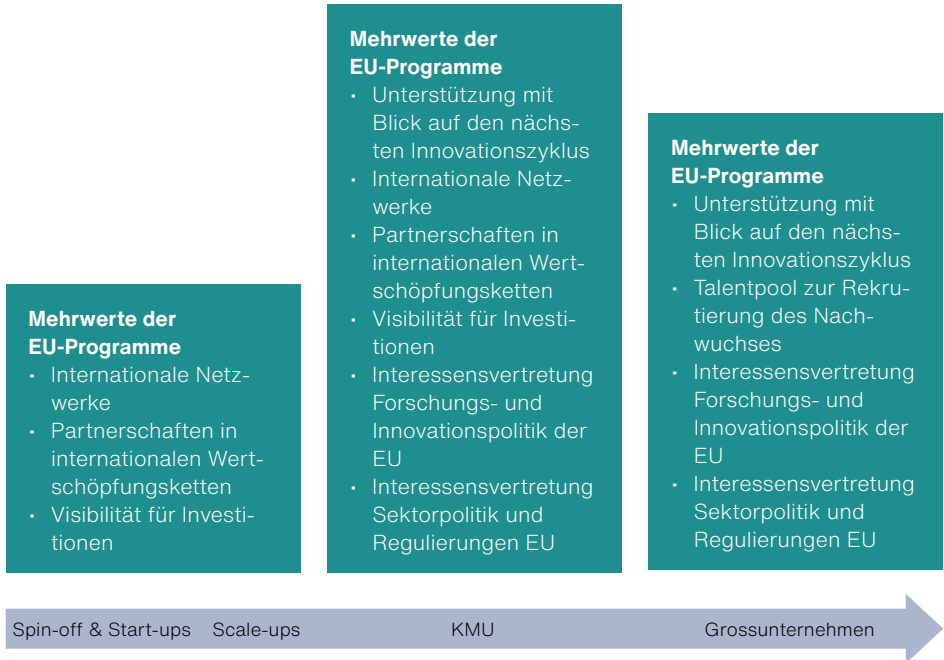


Abbildung 1 – Unterschiedliche Mehrwerte der EU-Programme im Entwicklungsprozess eines Unternehmens

Forschung und Innovation sind für Produktivität, Wachstum und Wohlstand zentral.

Die Einschränkung von Hochschulen und Unternehmen lässt auch gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen erwarten. Simulationen zeigen, dass sich die Zunahme des BIP in der EU primär durch eine gesteigerte Produktivität in Folge höherer Investitionen in Forschung und Entwicklung begründen lässt und dass Forschungsinvestitionen produktiver sind, wenn sie auf übernationaler Ebene gebündelt werden, als wenn jedes einzelne Land entsprechende kleinere nationale Investitionen vornehmen würde. Gemäss RHOMOLO-Simulation externer Experten und Expertinnen dürfte das Programm Horizon Europe bis zu 0.17 Prozent (bezogen auf 2020) des BIP zusätzlich erwirtschaften; der stärkste BIP-Schub dürfte zwischen ca. 2027 und 2035 erfolgen.

Bereits mittelfristig kann die Wettbewerbsfähigkeit abnehmen

Die vom Bund bereitgestellten nationalen Übergangs- und Ergänzungsfinanzierungen verhinderten kurzfristig negative makroökonomische Wirkungen der eingeschränkten Beteiligung der Schweiz an den EU-Programmen. Die eingeschränkte Beteiligung der Schweiz an den EU-Programmen hatte aber negative Wirkungen insbesondere für hochspezialisierte KMU. Angesichts ihrer Bedeutung für die Wirtschaft der Schweiz reduzierte dies die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft insgesamt. Ausgehend von unserem Wirkungsmodell, den makroökonomischen Simulationen der EU und den Abschätzungen des SBFI (2019) muss davon ausgegangen werden, dass sich eine langfristig eingeschränkte Beteiligung der Schweiz an den EU-Programmen nicht nur auf einzelne Unternehmen, sondern auf die Wettbewerbsfähigkeit der wissensbasierten Industrie insgesamt niederschlagen würde.

Interessensvertretung der Schweiz geschwächt

Die Möglichkeiten der Einflussnahme der Schweiz in der EU reduzierten sich markant. Damit wurde die Vertretung der Interessen der Schweiz auf der gesamten Wertschöpfungskette von Forschung, Innovation, Marktgestaltung und Regulierung geschwächt – und dies ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo die EU Forschung und Innovation als zentrale Faktoren der Wirtschaftspolitik und der Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber anderen globalen Wirtschafts- und Innovationsstandorten aufwertet.

Leistungen und Wirkungen zur Beteiligung der Schweiz an den EU-Programmen

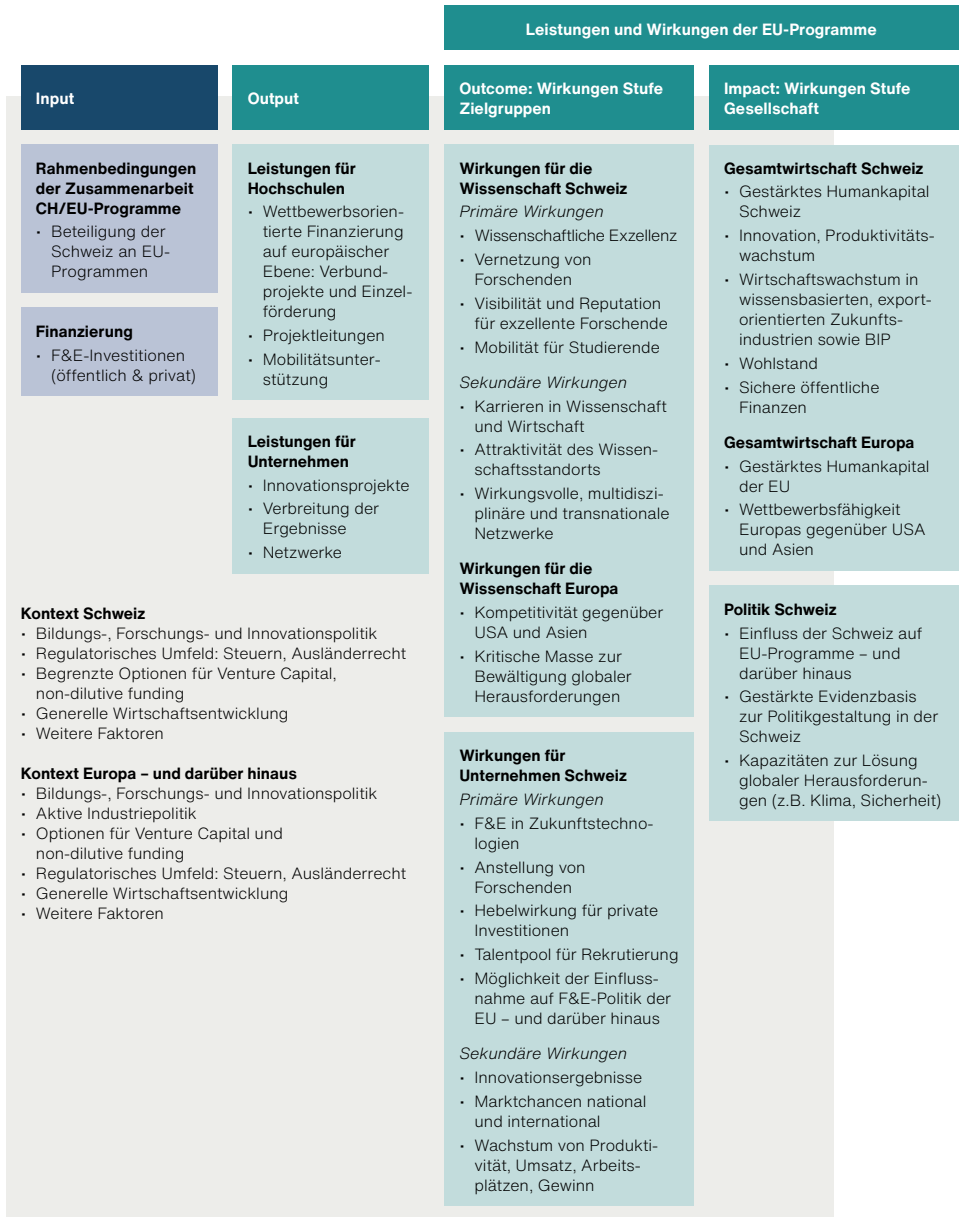


Abbildung 2 – Wirkungszusammenhänge zur Beteiligung der Schweiz an den EU-Programmen

Fazit: Die Mehrwerte der EU-Programme für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft sind eindeutig.

Keine Alternative zu den EU-Programmen

Die Mehrwerte einer Vollasoziiierung der Schweiz an den EU-Programmen für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft sind erheblich. Besonders gehindert durch die eingeschränkte Beteiligung der Schweiz an den EU-Programmen wurden junge Forscherinnen und Forscher inkl. Studierende sowie KMU in Hightech-Branchen. Gerade diese Akteurinnen und Akteure sind für die Zukunft der Schweiz essenziell. Und: Es gibt kein Programm zur internationalen Zusammenarbeit von Forschung und Innovation, das bzgl. thematischer Breite und finanziellen Umfangs vergleichbar wäre mit den EU-Programmen und eine Alternative für die Schweiz bieten könnte. Trotz provisorischer Regelung bestehen aktuell Planungs- und Rechtsunsicherheiten zur Beteiligung der Schweiz. Dies hemmt insbesondere das Engagement von Unternehmen für Projekteingaben. Auch können globale Herausforderungen, wie der Klimawandel oder Sicherheitsfragen, nur noch mit Wissen und Kompetenzen aus grenzüberschreitenden Kooperationen gelöst werden. Eine weitere Einschränkung der Beteiligung an den EU-Programmen hätte somit markante, negative Auswirkungen auf Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft der Schweiz. Grundlegende Innovationen basieren auf langfristigen Forschungen und auf Entwicklungen, die öffentlich gefördert wurden. Forschung und Entwicklung sind dabei auf stabile Rahmenbedingungen und vorhersehbare Finanzierungen angewiesen; «Stop-and-go»-Strategien sind schädlich. Dies zeigte die in den letzten Jahren wiederholt eingeschränkte Beteiligung der Schweiz an den EU-Programmen – insbesondere für international kompetitive Hochschulen und Unternehmen.

Win-win-Situation schaffen und nutzen

Eine Vollasoziiierung der Schweiz an den EU-Programmen ist nicht nur für die Schweiz wichtig, sondern ebenso für die Wettbewerbsfähigkeit von ganz Europa – und dies insbesondere in Zeiten zunehmender Konkurrenz gegenüber anderen globalen Wirtschafts- und Innovationsstandorten. Der weiterhin bestehende Ausschluss der Schweiz von zentralen Hightech-Bereichen schwächt beide Seiten. Zudem lanciert die EU neue Förderinstrumente in Zukunftsbranchen, von denen die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied ausgeschlossen bleiben könnte. Dies betrifft die Digitalisierung (Digital Europe, Europe Chips Initiative) sowie die Zukunftstechnologien Quantum, Halbleiter, Space sowie Cyber. Schweizer Unternehmen in diesen Branchen sowie Bildungs- und Forschungsinstitutionen werden somit nicht nur bzgl. der Beteiligung an den EU-Programmen, sondern grundsätzlich als Firmen und Institutionen aus einem Nicht-EU-Land eingeschränkt.

Impressum

Barbara Haering GmbH

Universitätsstrasse 9
CH-8006 Zürich
+41 79 446 71 20
hello@barbara-haering.ch
www.barbara-haering.ch

Strategos SA

Rue Marterey 1
CH-1005 Lausanne
+41 21 623 91 11
info@strategos.ch
www.strategos.ch

scienceindustries – Wirtschaftsverband Chemie Pharma Life Sciences

scienceindustries ist der Schweizer Wirtschaftsverband Chemie Pharma Life Sciences mit mehr als 250 in der Schweiz tätigen Mitgliedsunternehmen. Er wurde 1882 unter dem Namen «Schweizerische Gesellschaft für Chemische Industrie» als wirtschaftspolitischer Interessenverband der chemisch-pharmazeutischen Industrie gegründet. scienceindustries ist ein bedeutendes Mitglied von economiesuisse, Dachverband der Schweizer Wirtschaft.

scienceindustries setzt sich nachhaltig für ein innovationsfreundliches Umfeld für seine Mitgliedsunternehmen ein. Diese beschäftigen als grösste Schweizer Forschungs- und Exportindustrie rund 80 000 Mitarbeitende hierzulande. In der Schweiz sind 13 000 hochqualifizierte Mitarbeitende in der Forschung tätig. 285 000 Arbeitskräfte (FTE) anderer Branchen hängen von den Industrien Chemie Pharma Life Sciences ab.



scienceindustries

Nordstrasse 15
Postfach
CH-8021 Zürich

Tel. +41 44 368 17 11
info@scienceindustries.ch
www.scienceindustries.ch